

Wilhelm Dolle  
Rechtsanwalt und Notar  
Verden (Aller)

Verden, den 30. Sept. 1949

Eing. 1. Okt. 1949  
gez. Unterschrift

17

An das

Landgericht - Strafkammer III

in V e r d e n

Revisionsbegründung:

-----

Betr. Strafsache gegen den Ingenieur Ludwig A l b r e c h t  
u. 1 A. wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

6 Ks. 2/49

6 Js. 901/48

Die am 28.6.1949 eingelegte Revision ficht das Urteil des Schwurgerichts Verden vom 27.6.1949 dem ganzen Umfange nach an und beantragt:

unter Aufhebung des angefochtenen Urteils den Angeklagten freizusprechen oder die Sache zur erneuten Verhandlung an das Schwurgericht zurückzuverweisen.

Die Revision wird auf Verletzung des materiellen Rechts gestützt, insbesondere werden folgende Rechtsverletzungen gerügt:

- I. Das Schwurgericht hat die Verurteilung wegen schweren Landfriedensbruchs auf zwei Punkte gestützt;
- a) der Angeklagte habe selbst Gewalttätigkeiten gegen den Zeugen Poelder von der Ankunft vor dem Lokal Koch bis zur Auflösung des Umzuges begangen;
  - b) der Angeklagte sei als Rädelsführer im Sinne des § 125 Abs.2 StrGB. tätig geworden.

Zu a):

Das Tatbestandsmerkmal der Gewalttätigkeit gegen eine Person im Sinne des § 125 StGB. erfordert zumindest die Inbewegungsetzung körperlichen äusseren Zwanges, die von der Person körperlich empfunden werden muss. Die einzige Handlung, die dem Angeklagten als körperliche Zwangsmassnahme zur Last gelegt werden könnte, ist der Stoss mit dem Arie. Dieser leichte Stoss stellt aber keine Gewalttätigkeit dar, denn er war lediglich das Zeichen zum Beginn des Umzuges und wurde als solches auch sogleich von dem Zeugen Poelder empfunden. Man muss bei der Beurteilung berücksichtigen, dass um den Zeugen und den Angeklagten herum eine grosse Menschenmenge stand, die naturgemäss einen erheblichen Lärm verursachte, sodass unter diesen Umständen ein leichter Stoss das sicherste Zeichen zum Beginn des Umzuges, aber keine Gewalttätigkeit war.

zu b):

Zu b)=

Der Angeklagte ist auch nicht Rädelsführer hinsichtlich des Landfriedensbruchs gewesen. Er hat sich an der Zusammenrottung nicht führend beteiligt. In dem Urteil ist festgestellt, dass er durch ein Schreiben aufgefordert wurde, sich am Bahnhof in Uniform einzufinden, hat also nichts selbst zur Zusammenrottung ~~mitgewirkt~~ getan, geschweige denn eine führende Rolle hierbei geführt. Dem Angeklagten ist auch weder ~~mitgewirkt~~ nachgewiesen, dass er sich an Misshandlungen, die der Zeuge Poelder während des Umzuges erlitt, beteiligt hat, noch dass sie mit seiner Billigung oder Kenntnis geschehen sind. Wenn er an den Misshandlungen aber nicht einmal beteiligt gewesen ist oder von ihnen Kenntnis gehabt hat, kann von einer geistig oder Physisch führenden Rolle des Angeklagten wahrhaftig nicht gesprochen werden:

II. Das Schwurgericht hat, nachdem es den Angeklagten der Freiheitsberaubung und des schweren Landfriedensbruchs für schuldig befunden hat, unter Anwendung der Verordnung zur Beseitigung national-sozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23.5.1947 die Verjährung dieser Straftaten als nicht eingetreten angesehen. Die Anwendung der genannten Vorschrift hat es insbesondere damit begründet, die Gleichheit aller vor dem Gesetz sei höher zu stellen als das im Gesetz verankerte, dem Täter je nach der Schwere seiner Tat nach einem angemessenen Zeitraum unterbliebener Strafverfolgung verbürgte Erlöschen des staatlichen Strafanspruchs.

Gerade gegen diesen Grundsatz hat aber das Schwurgericht verstoßen. Das Schwurgericht hat festgestellt, dass den gen. Straftaten politische Gründe zugrunde lagen und sie deshalb nicht verfolgt wurden. Das Gericht hat aber weiter festgestellt, dass vor 1933

1. dem Angeklagten von einem SPD-Angehörigen, also einem politischen Gegner, mehrere Zähne ausgeschlagen wurden und
2. SA-Männer durch Reichsbanner-Angehörige der Gemeinde Kirchweyhe, deren 2. Kreisvorsitzender der Zeuge Poelder war, eingesperrt worden waren.

Da wegen dieser aus politischen Gründen begangenen Straftaten keinerlei Massnahmen zur Bestrafung der Täter eingeleitet wurden und die Verordnung vom 23.5.1947 auf solche Straftaten auch keine Anwendung findet, erfordert der Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz, dass die genannte Verordnung schon deshalb auf die Straftaten des Angeklagten nicht angewendet werden darf.

III. Des weiteren steht die Verordnung vom 23.5.1947 in Widerspruch zu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949, dessen Artikel 103 Abs. 2 den alten Grundsatz des Strafrechts "nulla poena sine lege" ausdrücklich bestätigt. Dieser Artikel des Grundgesetzes ist unmittelbar geltendes Recht und bedarf zu seiner Wirksamkeit nicht mehr der Verkündung durch ein besonderes Gesetz. Dies ist bereits ausdrücklich von verschiedenen Gerichten für den Artikel 102, der die Todesstrafe abschafft, anerkannt und muss auch für den Art. 103 gelten. Da zu den gesetzlichen Vorschriften, die eine Handlung für strafbar erklären, auch die Verjährungsvorschriften gehören, diese aber in ihrer z.Zt. der Tat geltenden Fassung die Strafverfolgung



der Taten des Angeklagten nach 5 bzw. 10 Jahren infolge Verjährung ausschliessen, muss auch aus diesem Grunde ein Freispruch hinsichtlich der Freiheitsberaubung und des Landfriedensbruchs erfolgen.

Dieser sich aus dem Grundgesetz ergebenden zwingenden Unanwendbarkeit der Verordnung vom 23.5.47 gegenüber ist die Ansicht des Schwurgerichts, es hätte einer ausdrücklichen Erwähnung im Grundgesetz bedurft, wenn bei der Schaffung des Grundgesetzes die Absicht bestanden hätte, bereits erfolgte Eingriffe in die Strafrechtspflege für unzulässig zu erklären, rechtsirrig. Das Grundgesetz ist das jüngere Gesetz und setzt daher ältere Vorschriften, soweit sie mit ihm in Widerspruch stehen, ausser Kraft. Einer besonderen Erwähnung bedürfen auf diese Weise ausser Kraft gesetzte Vorschriften stets nur dann, wenn sie nicht gleichzeitig mit dem jüngeren Gesetz ausser Kraft treten.

IV. Der Artikel 103 Abs. 2 des Grundgesetzes setzt auch das Kontrollratsgesetz Nr. 10 ausser Kraft, so dass der Angeklagte auch auf Grund dieser Vorschrift nicht bestraft werden kann.

Es sind seit der Schaffung des KRG. Nr. 10 Bedenken gegen die Gültigkeit dieses Gesetzes erhoben worden. Auf diese braucht wegen der durch das Grundgesetz geschaffenen neuen Rechtslage jedoch nicht mehr eingegangen zu werden.

Durch ihre Zustimmung haben die drei westlichen Militärregierungen das Grundgesetz in seiner jetzigen Fassung ohne weiteren Vorbehalt zum Gesetz für die drei westlichen Besatzungszonen werden lassen. Es besteht daher für die Gerichte die Pflicht, dieses Gesetz auch anzuwenden.

Durch ihre Zustimmung haben die drei westlichen Militärregierungen das Grundgesetz in seiner jetzigen Fassung ohne weiteren Vorbehalt zum Gesetz für die drei westlichen Besatzungszonen werden lassen. Es besteht daher für die Gerichte die Pflicht, dieses Gesetz auch anzuwenden.

Das KRG. Nr. 10 ist zwar von den vier Militär-Gouverneuren, die die oberste Gewalt in Deutschland ausüben, beschlossen und verkündet worden, so dass es zweifelhaft sein könnte, ob die drei westlichen Militär-Gouverneure ein solches Gesetz abändern können. In Verfolg der seit langem eingetretenen Spaltung zwischen der russischen und den westlichen Besatzungsmächten müssen aber auch Gesetze und Verordnungen einer ~~von~~ oder aller westlichen Besatzungsmächte, die mit den Vorschriften des Kontrollrats in Widerspruch stehen, als gültig angesehen werden, da sonst nicht nur das Grundgesetz, sondern auch zahlreiche andere Vorschriften, auf denen zum grossen Teil unser heutiges Dasein in all seinen Erscheinungsformen beruht, ungültig wären.

Der Hinweis des Schwurgerichts, Der Grundsatz " nulla poena sine lege " gelte weder in anglo-amerikanischen Rechtskreis noch in der russischen Gesetzgebung, vermag die obigen Ausführungen nicht zu widerlegen, da einmal die russische Besatzungsmacht dem Grundgesetz gar nicht zugestimmt hat und es zum anderen ausserhalb Deutschlands den Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit noch nicht gibt. Aus dem Umstand, dass die britische Mil.-Regierung noch keinen Anlass genommen hat, die Verordnung

Verordnung Nr. 47 aufzuheben, kann nichts für die Weitergeltung des KRG. Nr. 10 gefolgert werden, da die Verordnung Nr. 4 durch die Zustimmung der britischen Militärregierung zu dem Grundgesetz und die Verkündung desselben bereits als ausser Kraft gesetzt angesehen werden muss.

V. Die Weitergeltung der Verordnung vom 23.5.1947 und des KRG.Nr.10 kann auch nicht auf den Art. 139 des Grundgesetzes gestützt werden, da diese beiden Vorschriften nicht zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus, sondern zur Verfolgung von Straftaten erlassen worden sind, die in der Zeit von 1933 bis 1945 aus politischen Gründen ungesühnt blieben.

VI. Auch Ziff. 7 b des Besatzungsstatutes vermag nicht den Fortbestand des KRG. Nr. 10 zu beweisen. Das Besatzungsstatut ist zwar noch vor dem Grundgesetz verkündet worden, aber erst am 21. September 1949 in Kraft getreten. Da das Grundgesetz bereits am 23.5.1949 in Kraft getreten und durch dieses Gesetz das KRG. Nr. 10 als mit ihm in Widerspruch stehend aufgehoben ist, kann aus Ziff. 7 b des Besatzungsstatuts nicht auf eine Weitergeltung des KRG. Nr. 10 geschlossen werden, zumal das Besatzungsstatut erst nach dem Urteil in Kraft getreten ist.

Die alliierten Regierungen, der Kontrollrat, die Militärregierungen und andere Besatzungsbehörden haben immer wieder betont, die von ihnen erlassenen Vorschriften seien als deutsches Recht anzusehen. Wenn diese Vorschriften aber deutsches Recht sind, dann findet bei der Prüfung ihrer Geltung auch deutsches Recht in vollem Umfang Anwendung. Das hat aber im vorliegenden Falle zum Ergebnis, dass das KRG. Nr. 10 durch das Grundgesetz aufgehoben ist und durch die genannte Bestimmung im Besatzungsstatut nicht wieder in Kraft treten kann. Dazu wäre eine neue Verkündung erforderlich, die allerdings wegen Widerspruchs mit Art.103 des Grundgesetzes rechtswirksam wäre.

VII. Das Urteil des Schwurgerichts muss auch aus dem Grunde aufgehoben werden, weil es übermässig hart ist. Selbst wenn die Gültigkeit der Verordnung vom 23.5.47 und des KRG. Nr. 10 bejaht werden sollte, dann besteht immer noch kein Anlass, über die gesetzliche Mindeststrafe hinauszugehen. Der Zeuge Poelder, der durch die Straftaten des Angeklagten Betroffene, hat wiederholt vor dem Schwurgericht erklärt, er lege keinen Wert auf die Bestrafung des Angeklagten. Wenn aber schon das Opfer des Angeklagten keine Bestrafung desselben verlangt, dann besteht für das Gericht nach Berücksichtigung der zahlreichen weiteren, in dem Urteil bereits festgestellten Milderungsgründe keine Veranlassung mehr, über die gesetzliche Mindeststrafe hinauszugehen. Bei der Bemessung der Strafe darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass dem Eugen Poelder die schweren Misshandlungen, an deren Folgen er heute noch leidet, erst zugefügt wurden, nachdem er von dem Angeklagten Albrecht über die Gemeindegrenz von Sudweyhe hinaus bis an die Ochsumer Brücke gebracht worden war. An den kurze Zeit später erfolgenden Misshandlungen hat der Angeklagte nicht teilgenommen. Das Schwurgericht hat ihm auch nicht eine Beteiligung hieran in irgendeiner Form oder

auc



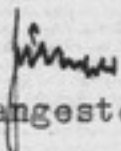
auch nur eine Billigung des Überfalls nachweisen können. Auch an den Misshandlungen, die der Zeuge während des Un-  
zuges erlitt und die ihn mehrfach zu Boden stürzen liessen,  
nahm der Angeklagte keinen Anteil. Er hat dem Zeugen höchstens  
einen leichten Stoss mit dem Arie als Zeichen des Abmarsches  
gegeben.

Nach allem erscheint die Aufhebung des angefochtenen Urteils  
gerechtfertigt.

Für Rechtsanwalt-Notar Dolle  
dessen amtl. best. Vertreter:

gez. Unterschrift  
Amtsgerichtsrat.

-----  
Die Richtigkeit vorstehender Abschrift begl.:

  
Justizangestellter.

